

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

74. Sitzung
12. August 2021

Beginn: 15.02 Uhr
Schluss: 17.47 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Sie stellt diesbezüglich das Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.
- Die Sitzung wird von 16.59-17.08 Uhr für eine Lüftungspause unterbrochen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurde folgende schriftliche Frage eingereicht:

„Die GEW kritisiert: ‚Besonders alarmierend ist, dass die größte Gruppe (40 Prozent) der neu eingestellten Lehrkräfte inzwischen Lehrkräfte sind, die weder über ein Lehramtsstudium noch über eine berufsbegleitende Qualifikation verfügen. Diese Kolleg*innen sind überwiegend befristet beschäftigt und erfüllen nicht die Voraussetzungen für den Quereinstieg. Die Senatsverwaltung behandelt diese Kolleg*innen als reine Lückenfüller, bezahlt sie schlechter, befristet sie und macht ihnen keine gezielten Qualifizierungsangebote.‘ Ist es richtig, dass der SPD-GRÜNEN-LINKEN Senat die neu eingestellten und nicht als Lehrkraft ausgebildeten neuen Mitarbeiter als Lückenfüller behandelt und was gedenkt der SPD-GRÜNEN-LINKEN

Senat zu tun, um die gravierenden Defizite in der Versorgung unserer Schulen mit qualifizierten Lehrkräften schnellstmöglich zu beseitigen?“

(Fraktion der CDU)

Mündlich wird folgende Frage gestellt:

„Der Senat arbeitet mit den Statistiken, die nicht transparent machen, wie viele Personen mit welchem Hintergrund (Seiten- oder Quereinsteiger) in den Berliner Schulen arbeiten. Werden Sie die Statistiken zukünftig dann so ändern, dass diese auch für die Berliner Bevölkerung transparent gemacht werden und nicht erst durch schriftliche Anfragen herausgefunden werden müssen?“

(Fraktion der FDP)

Nachdem Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) die Fragen beantwortet hat, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) berichtet (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam), Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0456](#)
Schuljahresanfang 2021/22: Schulplatzversorgung BildJugFam
und Personalsituation
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu verzichten.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam), Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung abzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [0452](#)
Drucksache 18/3714 BildJugFam
Bildungsgutscheine für Grundschülerinnen und - Haupt
schüler mit Lernrückständen

Dem Ausschuss liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor (Anlage).

Herr Abg. Stettner (CDU) begründet den Antrag. Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Änderungsantrag.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt: Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt. Der Antrag – Drucksache 18/3714 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

a) Antrag der AfD-Fraktion [0387](#)
Drucksache 18/3072 BildJugFam
Fachlehrer- und Unterrichtsgarantie-Gesetz Haupt

- b) Antrag der AfD-Fraktion [0388](#)
Drucksache 18/3073 BildJugFam
**Ende der Beschönigung – Ehrliche Zahlen zum
Unterrichtsausfall! Fachunterricht statt Mandalas
malen**

Zu Punkt 5 a) der Tagesordnung liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vor.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet die Anträge zu den Punkten 5 a) und 5 b) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/3072 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Der Antrag – Drucksache 18/3073 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP [0298](#)
Drucksache 18/2554 BildJugFam
**Werkunterricht an Berliner Grundschulen
einführen** Haupt

Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Antrag.

Frau Staatssekretärin Stoffers (SenBildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt: Der Antrag – Drucksache 18/2554 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP abgelehnt. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Abschlussbericht der Expertenkommission zur
Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht
in Berlin – Handlungserfordernisse für den Kita-
und Schulbereich**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0371](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 03.12.2020

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Sitzung vom 3. Dezember 2020 vor.

Der Besprechungsbedarf wurde bereits in der Sitzung am 3. Dezember 2020 von Herrn Abg. Stettner (CDU) begründet.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung abzuschließen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (75.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 26. August 2021, um 15.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP zum

Antrag der CDU „Bildungsgutscheine für Grundschülerinnen und -schüler mit Lernrückständen“ Drucksache 18/3714

Der Antrag Drucksache 18/3714 wird wie folgt ergänzt:

Das Programm fördert Schülerinnen und Schüler, deren Bedarf über das aus Bundesmitteln geförderte Programm zur Nachhilfe in den Kernfächern vom 5. Mai 2021 nicht zu decken ist. Ihre Eltern/Erziehungsberechtigten erhalten mit dem Gutschein Informationen zur Unterstützung des sachgemäßen Einsatzes bei geeigneten Nachhilfedienstleistern.

Die individuelle Nutzung der Nachhilfeleistung ist mit der Abrechnung des Gutscheins durch die Nachhilfeebringer zu bestätigen. Die Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer erhalten eine Bescheinigung zur von ihnen genutzten Zahl der Nachhilfestunden, die der Schulverwaltung auf Anforderung vorzulegen ist, um die Angaben des Dienstleisters mit der gegenüber den Programmnutzern quittierten Leistung abzugleichen.

Die Eltern/Erziehungsberechtigten der Nachhilfenutzer müssen sich spätestens drei Monate nach Beginn des Programms zu nicht genutzten Stunden erklären. Sie sind durch geeignete Begleitmaßnahmen (individuelle Ansprache) zur konsequenten Nutzung der Gutscheine anzuhalten.

Die Senatsverwaltung berichtet dem Abgeordnetenhaus nach sechs und zwölf Monaten über den Programmerfolg, den sie mit geeigneten Mitteln (Befragung der Nutzer und Dienstleister) evaluiert.

Begründung

Die Bildungsgutscheine für Nachhilfestunden werden von der Kernzielgruppe besser genutzt werden, wenn der Einsatz durch Informationsangebote begleitet und der Einstieg in die Nachhilfe niedrigschwellig gestaltet ist. Die Eltern/Erziehungsberechtigten sollen das Förderangebot für ihre Kinder ohne größeren eigenen (Recherche-)Aufwand nutzen können. Die begleitende Nutzungskontrolle und Evaluation des Programms beugt leichtfertigem oder missbräuchlichem Umgang mit dem Förderinstrument vor,

unterstreicht die Ernsthaftigkeit des Anliegens, ermöglicht ggf. die Nachsteuerung und hilft Lehren aus der Programmpraxis zu ziehen.

Berlin, 11.08.2021

Fresdorf
Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin